

Bremen, 28.08.2013

B e s c h l u s s

des Beirates Obervieland vom 27. August 2013

„Unterbringung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen“

Der Beirat Obervieland stellt sich weiteren Integrationsleistungen im Stadtteil und kommt der Verantwortung Bremens nach, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Er wird sich nach Kräften einsetzen, um den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern eine von den in Obervieland lebenden Menschen unterstützte, menschenwürdige Aufnahme und damit einen Neuanfang in Freiheit ohne Ausgrenzung zu ermöglichen.

Der Beirat Obervieland beschließt:

1. Gegen die Nutzung des Geländes östlich oder westlich an der Hans-Hackmack-Straße für den Bau von max. 6 Fertighäusern zur Unterbringung von insgesamt bis zu 80 Personen bestehen aus Sicht des Beirates keine Bedenken.

Der Beirat weist darauf hin, dass er die Fläche westlich der Hans-Hackmack-Straße (Neben der Schule/Sporthalle) langfristig für kommunale Zwecke freihalten möchte (Siehe Beschluss des Beirates vom 02. Febr. 2013).

2. Mobilbauten/Containerlösungen müssen in Obervieland bereits für die Kinderbetreuung aufgestellt werden. Eine Ausweitung dieser Bauweise hält der Beirat für nicht sinnvoll, da es Alternativen gibt.

3. Weiterhin fordert der Beirat:

- a) Die Einsetzung von weiteren pädagogischen Fachkräften, die u.a. bei der Wohnungssuche behilflich sind, Orientierungshilfen geben und allgemein begleitend tätig werden. Die Personen müssen dauerhafte und tarifvertraglich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse beim entsprechenden Träger vorweisen.
- b) Die Etablierung eines begleitenden „runden Tisches“ unter Federführung der Sozialbehörde mit folgenden Teilnehmern: insbesondere Interessierten Flüchtlingen, Örtlichen Politiker/-innen, Sozialbehörde, Ortsamt, Vertretern der Polizei, Ehrenamtlichen Vertretern, Einrichtungen und der Integrationsbeauftragten.
- c) Eine intensive Betreuung der Kinder und Jugendlichen durch qualifiziertes Personal, sowie die ortsnahe Sprachförderung durch intensive Sprachkurse für alle. Für die Unterbringung in Kitas und Schulen muss zusätzliches qualifiziertes Personal bedarfsgerecht eingesetzt werden.
- d) Die Einsetzung von Sprach- und Kulturmittlern.
- e) Eine Sicherstellung der medizinischen und psychologischen Versorgung.
- f) Eine Erhöhung der Fördermittel für integrative Maßnahmen.
- g) Eine frühzeitige umfassende Unterrichtung und Einbeziehung bei der Umsetzung der Maßnahmen im Stadtteil.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig



Funck